

Feministische Überlegungen zu Postdemokratie und der Entpolitisierung des Sozialen.

Gundula Ludwig

Feminist Considerations on Postdemocracy and the Depoliticization of the Social.

Abstract: From a feminist perspective the text argues that Crouch's diagnosis of a 'postdemocracy' remains conceptually limited because it denies the interwovenness of democracy and social relations. Furthermore, the article argues that in the current 'postdemocracy' restrictions of the political become visible that have always been constitutive for modern, western democracies exactly because of an intrinsic depoliticization of the social, the social relations and living circumstances of the political subjects. This depoliticization of the social can remain invisible not at least due to powerful gendering mechanisms. Against this background, the article ends by proposing to re-think democracy by taking the social as starting point for re-thinking the political.

Keywords: Post-democracy, gender, social relations, mechanisms of depoliticization

Schlagwörter: Postdemokratie, Geschlecht, gesellschaftliche Verhältnisse, Entpolitisierungsmechanismen

1. Einleitung

Gegenwärtig lässt sich für westliche demokratische Gesellschaften ein Spannungsfeld konstatieren: Einerseits stellt Demokratie einen zentralen Wert im westlichen Selbstverständnis und eine zentrale Referenzgröße in nationalen und globalen Politiken und politischen Diskursen dar.

“[D]emocracy has emerged as a new world religion – not a specific form of political power and culture but an altar before which the West and its admirers worship and through which divine purpose Western imperial crusades are shaped and legitimated. [...] Democracy is exalted not only across the globe today but across the political spectrum. [...] Berlusconi and Bush, Derrida, and Balibar, Italian communists and Hamas – we are all democrats now” (Brown 2011, S. 45).

Andererseits aber lässt sich eine Vielzahl an Veränderungen beobachten, die auf einen Bedeutungsverlust und ein Schwinden von Demokratie verweisen, wofür sich innerhalb der Politikwissenschaft der Begriff der „Postdemokratie“ (Rancière 2002; Crouch 2008) zu einem vielbeachteten Referenzbegriff entwickelte, wobei hier insbesondere auf die Ausführungen von Colin Crouch und weniger von Jacques Rancière rekurriert wird, der diesen Begriff bereits 1995 in *La Méésentente. Politique et Philosophie* (dt. *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*, 2002) einführte. Crouch beschreibt damit die Aushöhlung demokratischer Verfahren durch die zunehmende Bedeutung von politischen Akteur_innen wie Expert_in-

nen und Lobbyist_innen, die nicht demokratisch legitimiert sind, die Ablösung öffentlicher Debatten durch Medienspektakel und damit einhergehend die steigende Depolitisierung der Staatsbürger_innen (Crouch 2008). Während die Bürger_innen zunehmend zu Konsument_innen werden, wird „die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008, S. 10). Wenngleich sowohl Crouch selbst als auch die Mehrheit der Rezipient_innen die Diagnose der Postdemokratie mit der Hegemonialwerdung des Neoliberalismus in Verbindung bringen (Crouch 2008, S. 23; vgl. stv. auch Schaal u. Ritzi 2012), die zweifelsohne auch zu einschneidenden sozialen Veränderungen führte, wurde bislang noch kaum versucht, die postdemokratischen Veränderungen mit gesellschaftlichen Veränderungen zu verbinden. Im Folgenden möchte ich aus einer feministischen Perspektive einige Vorschläge dazu zur Diskussion stellen.

Das Einnehmen einer feministischen Perspektive verschiebt allerdings zugleich den Ausgangspunkt der Fragestellung: Anders als Crouch und all jene, die seinen Ausführungen folgen, begreife ich Postdemokratie nicht als chronologischen *Verfall* moderner, westlicher Demokratien. Vielmehr gehe ich davon aus, dass die sich in der Postdemokratie zeigenden Autoritarisierung und Verengung des Politischen aus einer spezifischen liberal-repräsentativen Konzeption von Demokratie resultieren, die auf konstitutiven Ausschlüssen und Begrenzungen aufbaut. Aus einer feministischen Perspektive werde ich darlegen, dass nicht nur die Postdemokratie in Bezug auf soziale Demokratie krisenhaft ist, sondern dass dies in der hegemonialen Konzeption moderner, westlicher Demokratie angelegt ist. Ich werde daher argumentieren, dass die Parallelen der Krisenhaftigkeit der formalen und der sozialen Dimension von Demokratie nicht erst mit der Postdemokratie auftreten, sondern vielmehr jener Konzeption von Demokratie inhärent sind, die gegenwärtig in der Krise steckt.

Der Ausgangspunkt des vorliegenden Aufsatzes liegt darin, dass ich Crouchs Ausführungen zur Postdemokratie als Zeitdiagnose lese, die durchaus Elemente enthält, die für die Beschreibung der Veränderungen von westlichen Demokratien treffend sind. Zugleich aber erachte ich seine Gegenwartsdiagnose inhaltlich und konzeptuell als begrenzt, da Crouch zwar an manchen Stellen auch auf gesellschaftliche Veränderungen verweist, hier jedoch vor allem auf ökonomische Veränderungen im Kontext des Endes des Keynesianismus verweist, in androzentrischer Manier jedoch dabei die Organisation gesellschaftlicher Reproduktion und Veränderungen in diesem Bereich ausblendet. Zum anderen erachte ich die von Crouch ins Feld geführten Begründungen und Erklärungen, wie es zur Postdemokratie kam, ebenso als unpräzise, da diese übersehen, dass Demokratie in westlichen, modernen Gesellschaften immer schon auf Ausschlüssen und Verengungen des Politischen aufbauten – die jedoch gerade durch gesellschaftliche, nicht zuletzt vergeschlechtlichte Machtmechanismen unsichtbar gemacht werden. Vor diesem Hintergrund werde ich in einem ersten Teil argumentieren, dass sich in der Postdemokratie politische und soziale Krisenerscheinungen intensivieren, die jedoch bislang immer Teil moderner, westlicher Demokratien und mithin auch Teil der fordistischen Ausprägung von Demokratie waren, die für Crouch als Prototypus einer Demokratie gilt, die „an politischer und ökonomischer Gleichheit

ausgerichtet waren“ (Crouch 2008, S. 13). In einem zweiten Teil werde ich diese Mängel explizieren, wobei ich hier deutlich machen werde, dass gerade aus einer feministischen Perspektive diese Mängel auf konstitutive Ausschlüsse und Entpolitisierungen von gesellschaftlichen Verhältnissen zurückzuführen sind. Daran anschließend werde ich zeigen, wie sich diese konstitutiven Begrenzungen in der Postdemokratie darstellen und wie unter Berücksichtigung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen sichtbar gemacht werden kann, dass Postdemokratie mit einschneidenden Entpolitisierungen des Sozialen einhergeht. Vor dem Hintergrund meiner These, dass Begrenzungen des Politischen nicht erst mit der Postdemokratie auftreten, sondern genuiner Bestandteil moderner, westlicher Demokratien sind, werde ich den Aufsatz mit Vorschlägen schließen, wie Demokratie neu gedacht werden könnte, wenn das Soziale gerade nicht entpolitisiert, sondern zum Ausgang des Politischen gemacht wird.

2. Die Genealogie der Postdemokratie aus der ‚konsensuellen Demokratie‘

Crouch beschreibt jene Krise der Demokratie, die er mit dem Begriff der Postdemokratie zu fassen versucht, als Entgleisung oder Fehlentwicklung einer an sich sinnvollen Konzeption der Demokratie als souveräne Volksherrschaft, deren Gemeinwillen in politischen Institutionen und Entscheidungen repräsentiert wird. Die ideale Demokratie kann nach Crouch nur gedeihen, „wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv nutzt“ (Crouch 2008, S. 8). Crouchs Ideal einer lebendigen Demokratie sieht er am allermeisten in dem „Augenblick der Demokratie“ (Crouch 2008, S. 14) verwirklicht, wie er die Ausgestaltung der Demokratie in fordistischen Gesellschaften in der Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA und Westeuropa bezeichnet: Für Crouch ermöglichte in dieser Zeit die „dynamische wirtschaftliche Entwicklung“ „die Verwirklichung vieler demokratischer Ziele“ (Crouch 2008, S. 14), sodass Demokratie weder Manipulation durch Medien oder Lobbys noch Wahlspektakel bedeutete, sondern sich vielmehr „gewöhnliche Menschen in vielen Gruppen und Organisationen an der Gestaltung einer politischen Agenda beteiligten, die wirklich ihren Interessen entspricht“ (Crouch 2008, S. 14). Die ideale Demokratie ist nach Crouch also eine Demokratie, in der sich möglichst viele Menschen als Teil des Demos sehen und aktiv an politischen Prozessen teilnehmen, was wiederum – nach Crouch – zur ökonomischen und politischen Gleichheit aller und zum weitverbreiteten „Enthusiasmus für dieses politische System“ (Crouch 2008, S. 14) führt. Dies setzt voraus, dass sich die Bürger_innen als dem Demos als einer gemeinschaftlichen Einheit zugehörig fühlen; Ziel von Demokratie ist, dass durch breite Partizipation politische Kompromisse gefunden werden, denen alle Beteiligten letztlich zustimmen können. Denn für Crouch führt die aktive Partizipation „der Masse der normalen Bürger“ zu einer lebendigen Demokratie, in der sich die politischen Subjekte auf die Gestaltung, die Gegenstände und Ziele von Politik einigen können. Demokratie ist umso demokratischer, je mehr Menschen an Entscheidungen beteiligt sind und je konsensueller Entscheidungen sind.

Crouch hält also an den Prämissen moderner westlicher Demokratie – neben Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger_innen vor allem die Vorstellung, dass Demokratie sich auf eine zugrundeliegende gemeinschaftliche Einheit gründen müsse, die in demokratischen Repräsentationen ihre Souveränität aufgehoben weiß – als sinnvolle Elemente einer guten Demokratie fest. Konsequenterweise sieht Crouch die aktuelle Krise der Demokratie nicht als strukturelle, sondern als Entfernung der realen Demokratie von ihrem Ideal durch externe Veränderungen wie die Globalisierung, die Ökonomisierung des Sozialen und damit einhergehend die Verrechtlichung und Technokratisierung der Politik.

Allerdings – und hier setzt meine Kritik ein – setzt dieses Verständnis von Demokratie in Gesellschaften, die durch Geschlecht, ‚race‘, Klasse und weitere Ausschlusskategorien strukturiert und die daher von Widersprüchen durchzogen sind, Abstraktionen von diesen Widersprüchen und damit Ausschlüsse und Verengungen dessen, was als demokratisch verhandelbar gilt, voraus. Entsprechend gelingt die Konstruktion eines Demos, dem sich die Bürger_innen zugehörig fühlen können und wollen, nur mittels Gleichschaltung von Ungleichen und Ausschlüssen; die Artikulation von politischen Kompromissen und damit die Etablierung von Konsens gelingt nur, wenn all jene Positionen und gesellschaftliche Konflikte, die sich nicht im Ideal des Konsens auflösen lassen, ausgeschlossen werden und prä-politisch bleiben. Anstatt gesellschaftliche Antagonismen und Konflikte als Teil von Demokratie zu verstehen, werden diese dem Politischen entzogen. Diese Kritik wurde vor allem von Vertreter_innen radikaler Demokratietheorie – u. a. Jacques Rancière (2002, 2008), Chantal Mouffe (1997, 2007, 2008) Wendy Brown (2011) – vorgebracht. Ihre Schlussfolgerung lautet daher auch, dass es sich bei den gegenwärtigen Tendenzen der Postdemokratie um fundamentale Krisenerscheinungen handelt, die aus den immanenten Aporien eines *bestimmten Konzepts von Demokratie* folgen. Rancière begreift die gegenwärtigen Veränderungen der Demokratie als Konsequenz eines Demokratiekonzepts, das er als „konsensuelle Demokratie“ beschreibt (Rancière 2002, S. 105, vgl. auch Rancière 2008). Gerade das Ideal des Konsens, das aus einem Demos, der als identitäre Einheit konzipiert wird, das auf die breite Partizipation aller zur Erreichung eines von allen Beteiligten geteilten politischen Ziels setzt, ruft eine autoritäre Konzeption von Demokratie und des Politischen hervor, die auf notwendigen Ausschlüssen beruht. Nur wenn aus dem Politischen ausgeschlossen wird, dass nicht alle Mitglieder in ‚dem Volk‘ repräsentiert oder gleichermaßen repräsentiert/repräsentierbar sind, kann das Politische auf Konsens basieren. „[D]ie Herstellung eines rationalen Konsenses [ist] ohne Exklusion unmöglich“ (Mouffe 1997, S. 82-83). ‚Postdemokratie‘ zeigt für Vertreter_innen von radikaldemokratischen Demokratiekonzepten daher nicht den Verfall eines eigentlich guten Konzepts von Demokratie an, sondern verweist auf deren immanenten Ausschlüsse und Begrenzungen.

Ich schließe mich der These an, dass die Gründe der gegenwärtigen Postdemokratie in dem Ideal von Demokratie als ‚konsensueller Demokratie‘ liegen. Nachfolgend möchte ich mich an den Ausführungen radikaler Demokratietheoretiker_innen orientieren und diese aus einer feministischen Perspektive ergänzen, um auf diese Weise zu zeigen, dass der ‚konsensuellen Demokratie‘ eine Verengung des Politischen zugrunde liegt, die auf einer Ausblendung der Organisation des gesell-

schaftlichen Zusammenlebens und der sozialen Lebensbedingungen der Staatsbürger_innen beruht. Mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse, so werde ich im Folgenden darlegen, zeigen sich diese Begrenzungen von Demokratie auch in der fordistischen Demokratie, die von Crouch als „Blütezeit“ demokratischer Entwicklung, skizziert wird, die seinem „idealtypischen Modell der Demokratie am nächsten komm[t]“ (Crouch 2008, S. 14).

3. Feministische Perspektiven auf Demokratie

3.1 Abstraktion von sozialen Lebensverhältnissen als Voraussetzung für Demokratie – oder: Wer gilt als politisches Subjekt?

Das politische Subjekt moderner, westlicher Demokratien wird als rationales, autonomes und souveränes Individuum gedacht. Die Basis demokratischer Handlungsfähigkeit ist die Fähigkeit, mittels Vernunft von Individualinteressen zu abstrahieren und so an der Konstruktion des Allgemeinwillens teilzunehmen. Nur auf diese Weise wird es möglich, die Legitimität demokratischer Entscheidungen und Prozesse auf Rationalität zu gründen (u. a. Mouffe 1997). Diese Figur des liberalen Individuums ist freilich aus einer feministischen Perspektive ein besitzendes und maskulines: “The ‘individual’ is a patriarchal category” (Pateman 1988, S. 184-185), schreibt Carole Pateman; und ähnlich Zillah Eisenstein: “[T]he individual is a man, in a male body” (Eisenstein 1989, S. 77) – wobei hier ergänzt werden muss, dass es sich um die Konstruktion weißer Maskulinität handelt (u. a. Dhaliwal 1995). Diese weiße Maskulinität des demokratischen Subjekts ist zum einen auf den expliziten Ausschluss von demokratischer Partizipation von Frauen zurückzuführen, wie dies für moderne, westliche Demokratien konstitutiv ist. Über die Naturalisierung der Geschlechterdifferenz galten Frauen lange Zeit als nicht fähig, an politischen Aktivitäten teilzunehmen. Der Demos blieb eine Ansammlung weißer Männer. Zum anderen haben feministische Theoretikerinnen aufgezeigt, dass auch nach der formalen Gleichstellung der Geschlechter das Ideal des demokratischen Subjekts sich weiterhin an dem androzentrischen Phantasma des autonomen, souveränen und beziehungslosen Individuums orientiert (Brown 1995, S. 183; Sauer 2001, S. 184 ff.; Wilde 2001, S. 115). Durch das Primat der ‚Rationalität‘ als Modus zur Herstellung eines Allgemeinwillens bleibt die Figur des demokratischen Staatsbürgers ein maskulines Konstrukt. Dabei wird ausgeblendet, dass jede_r Bürger_in in sozialen Beziehungsgeflechten lebt, die nicht nur durch Rationalität und Autonomie, sondern durch Bedürfnisse, Abhängigkeiten und Relationalitäten organisiert sind. Darüber hinaus hebt Pateman hervor, dass die Figur des staatsbürgerlichen Individuums auch auf der Abstraktion von dem Umstand, dass Subjekte körperliches Wesen sind, beruht. Das politische Subjekt ist ein abstraktes, *entkörperlichtes* Wesen (Pateman 1988b, S. 116). Während gerade die ‚Unmöglichkeit‘ der Ausbildung eines souveränen Verhältnisses zum eigenen Körper lange Zeit zur ‚Begründung‘ dafür wurde, warum Frauen der Zugang zu Demokratie verwehrt wurde, lässt sich auch gegenwärtig in der Konzeption des rationalen, souveränen und autonomen demokratischen Subjekts die Vorstellung wiederfinden, dass dieses ein körperloses Wesen ist.

Als Konsequenz dieser Ausblendung sozialer Beziehungsgeflechte und der Körperlichkeit macht die Universalisierung jener Vorstellung demokratischer Staatsbürger_innenschaft die heterogenen Lebenserfahrungen und -praktiken im Namen einer (herrschaftlich definierten) ‚Allgemeinheit‘ unsichtbar (Young 1993, S. 276). Die Konstruktion des demokratischen Staatsbürgers setzt die Abstraktion von den sozialen Lebensverhältnissen voraus, die zugleich für alle Mitglieder des Demos verallgemeinert wird.

Auch in die fordistische Ausgestaltung der Demokratie, von der ausgehend Crouch seine These der Postdemokratie als Verfall von Demokratie entwickelt, ist die androzentrische Setzung des Idealbürgers (sic) und die Abstraktion von sozialen Lebensverhältnissen eingeschrieben: Crouch selbst führt als Aktivbürger (sic) des Fordismus jene an, die sich in politischen Gruppen und Organisationen für die demokratische Gestaltung des öffentlichen Lebens einsetzten. Aufgrund des fordistischen Geschlechterarrangements und einer relativ rigiden vergeschlechtlichten Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, die Weiblichkeit vor allem mit Familie und Privatheit, Männlichkeit vor allem mit Lohnarbeit und Öffentlichkeit verband, waren allerdings die politischen Subjekte in der fordistischen Demokratie weitgehend männlich, die sich konsequenterweise auch um die Demokratisierung öffentlicher Belange kümmerten. Nicht nur bedeutete dies, dass die Demokratisierung ‚privater‘ Belange nicht als Teil des Politischen gesehen wurde und soziale Beziehungen, Abhängigkeiten und Bedürftigkeit nicht als relevante Aspekte und Erfahrungen der politischen Subjekte galten. Vielmehr wurde es vielen Männern auch erst möglich, in politischen Organisationen für mehr Partizipation zu kämpfen, da ihnen durch die vergeschlechtlichte Delegation von Reproduktionsaufgaben an vor allem Ehefrauen und Mütter von diesen auch der Rücken dafür frei gehalten wurde.

3.2 Ausschluss aus dem Demos oder: Wer ist der Demos?

Das hegemoniale Selbstverständnis moderner, westlicher Demokratien zeichnet sich wesentlich durch die Vorstellung des Demos als Einheit aus. Diese Einheit wird entweder mit nationaler Zugehörigkeit, mit den geteilten Pflichten der Staatsbürger(_innen) oder mit patriotischer Bindung an die Verfassung begründet. Moderne Demokratiekonzeptionen

“agree that democracy can only work where citizens are the same in some way, whether what they think we should share is substantial, like a nationality, or minimal like the legal status of citizenship. They believe sameness is important because it facilitates our identification with one another; it helps us imagine ourselves as community. This sense that we form a ‚we‘ is crucial to democracy because it gives our decisions and laws legitimacy, motivates us to make mutual sacrifices, and enables us to trust one another” (Ferguson 2007, S. 30).

Auch Crouch hebt in der Beschreibung seines (relativen) Ideals der fordistischen Demokratie hervor, dass die politischen Subjekte sich dem Demos zugehörig fühlen und sich daher auch aktiv an politischen Prozessen beteiligten (Crouch 2008, S. 14 ff.).

Eine Konzeption des Demos als Einheit kann jedoch in Gesellschaften, die durch Vergeschlechtlichung, Rassisierung, durch Zuteilungen in Klassen, nationalstaatliche In- und Exklusionen und weitere Ausschlussmechanismen strukturiert sind, nur mittels Ausschlüssen gelingen. Damit der Demos zu einer Einheit werden kann, braucht es eine Demarkationslinie zu etwas, was nicht Teil des Demos ist. „Die Logik der Demokratie enthält in der Tat ein Moment der Schließung, das schon vom Prozeß der Konstituierung des Volks verlangt wird“ (Mouffe 1997, S. 80).

Auch hier macht ein Blick in die feministische Revision politischer Theorie deutlich, dass in die Genealogie moderner, westlicher Demokratien der Ausschluss von Frauen – ebenso wie von anderen ‚Nicht-Bürger_innen‘ – konstitutiv eingeschrieben ist (u. a. Appelt 1999; Kreisky 1995; Sauer 2001). Die Konzeption des Demos als Einheit konnte sich zu Beginn der modernen, westlichen Demokratie nur durchsetzen, indem Frauen durch die Zuschreibung ‚naturegebener‘ Inferiorität aus dem Demos ausgeschlossen wurden. Nur durch diese Ausschlüsse konnte der Demos eine Einheit freier und gleicher Bürger werden. „Historically, all democracies have featured an occluded inside – whether slaves, natives, women, the poor, particular races, ethnicities, or religions, or (today) illegals and foreign residents“ (Brown 2011, S. 51). Dass Ausschlüsse konstitutiv in den Demos als Einheit eingeschrieben sind, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass auch bei formaler Gleichstellung Frauen zwar nicht mehr explizit aus dem Demos ausgeschlossen sind, aber dennoch über gesellschaftliche Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit Frauen de facto in Zugängen zu demokratischen Entscheidungen und Gestaltungen Männern nachgereiht bleiben (u. a. Gerhard 1990). Dies gilt insbesondere für die fordistische Ausgestaltung von Demokratie, in der Crouch „die Verwirklichung vieler demokratischer Ziele“ (Crouch 2008, S. 14) umgesetzt sah. Allerdings wird aus einer Geschlechterperspektive offenkundig, dass diese ‚demokratischen Ziele‘ fast ausschließlich von Männern festgelegt und umgesetzt wurden, da Frauen im Fordismus nicht als aktiv-partizipierender Teil des Demos gesehen wurden. Das „hohe Niveau der politischen Beteiligung“ (Crouch 2008, S. 16) kann also nur aus einer androzentrischen Perspektive als ‚Qualität‘ der fordistischen Demokratie gesehen werden, deren Kehrseite der weitgehende Ausschluss von Bürgerinnen als politisch aktive Subjekte des Demos war.

Die Konstruktion des Demos als homogene Einheit setzt jedoch nicht nur Exklusionen im Inneren voraus, sondern auch die Konstruktion eines nicht-demokratischen Äußeren. „Democracy as concept and practice has always been limned by a non-democratic periphery and unincorporated substrate that at once materially sustains the democracy and against which it defines itself“ (Brown 2011, S. 51). Hier haben insbesondere feministische postkoloniale Theoretiker_innen sichtbar gemacht, dass die Imagination eines nicht-demokratischen Äußeren erst den demokratischen Demos hervorbringt (Grewal u. Kaplan 1994; Dhaliwal 1995; Castro Varela u. Dhawan 2004). Die Grenzen der ‚eigenen‘ Demokratie werden durch die Konstruktion eines nicht-demokratischen Außen gesichert, was durch rassisierende Grenzziehungen ermöglicht wird. Zugleich macht diese Konstruktion eines anderen nicht-demokratischen Außen unsichtbar, dass die Konst-

ruktion des ‚eigenen‘ Demos und der ‚eigenen‘ Demokratie auf konstitutiven Ausschlüssen beruht.

Dhaliwal hebt daher hervor, dass das, was zu einem bestimmten Zeitpunkt als ‚Demos‘ gilt, Effekt von Machtverhältnissen ist, die bestimmte Ausschlüsse legitimieren (1995, S. 53). Diese politischen Ausschlüsse korrelieren nicht nur mit gesellschaftlichen Ausschlüssen, vielmehr wird durch diese Verwobenheit von politischen und gesellschaftlichen Ausschlüssen der Ausschluss unsichtbar gemacht. Im Anschluss an Dhaliwal möchte ich argumentieren, dass gerade weil die Definition von Demokratie – und als Kehrseite davon, der notwendigen Ausschlüssen aus dem Demos – Resultat von Machtverhältnissen ist, die Zugangsmöglichkeiten zu den Artikulationsprozessen, in denen festgelegt wird, was überhaupt als Demokratie (respektive als Ausschluss) gilt, entlang sozialer, ökonomischer und symbolischer Ressourcen unterschiedlich verteilt sind. Die hegemoniale Definition, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt dem Demos zugerechnet wird, ist Resultat von hegemonialen Wissens- und Wahrheitsregimen, die wiederum nicht von ökonomischen und sozialen Möglichkeiten getrennt werden können. Auch dies macht ein Blick in die Geschichte der (Ausschlüsse der) modernen, westlichen Demokratie deutlich: Dass Frauen und rassisierte ‚Andere‘ lange Zeit nicht dem Demos zugerechnet wurden, korrelierte mit ökonomischen Ungleichheiten ebenso wie mit deren Ausschluss aus der hegemonialen Wissensproduktion.

3.3 Ausschluss aus dem Politischen qua Grenzziehungen zwischen ‚öffentlich‘ und ‚privat‘ oder: Was gilt als politisch verhandelbar?

Die Konzeption des Demos als Einheit setzt voraus, dass all jene Positionen und gesellschaftliche Konflikte, die sich nicht im Ideal des Konsens auflösen lassen, ausgeschlossen werden müssen und prä-politisch bleiben (Brown 2001; Mouffe 2007; Rancière 2008). In antagonistischen Gesellschaften beruhen konsensuelle Demokratien daher nicht nur auf einer ideologischen Einheit, sondern auch auf herrschaftlichen Setzungen darüber, was überhaupt als Teil des demokratisch Verhandelbaren gilt – und was nicht. Statt gesellschaftliche Konflikte als Teil von Demokratie zu verstehen, werden diese qua Ausschluss ‚befriedet‘. Damit bleibt das Verständnis des Politischen in konsensuellen Demokratien notwendig verengt und, wie aus einer feministischen Perspektive deutlich wird, beruht auf der Entpolitisierung der gesellschaftlichen Organisation der Lebensverhältnisse.

Bereits Marx hat aufgezeigt, dass durch die Rahmung kapitalistischer Produktionsverhältnisse als ‚privat‘ diese aus dem Bereich des Politischen ausgeschlossen werden (Marx 1990; vgl. auch Poulantzas 2002; Demirović 1997). Durch diese Privatisierung gesellschaftlicher Beziehungen und Verhältnisse kann auf einer politischen Ebene der Demos als Einheit konstruiert werden, andernfalls wäre in einer Gesellschaft, die von Klassenwidersprüchen durchzogen ist, auch keine politische Einheit möglich. Daraus folgert Marx:

„Die *an sich seiende* ‚allgemeine Angelegenheit‘ ist nicht *wirklich allgemein*, und die wirkliche empirische allgemeine Angelegenheit ist nur *formell*. [...] Die *allgemeine Angelegenheit* ist fertig, ohne daß sie wirkliche Angelegenheit des Volks wäre. Die

wirkliche Volkssache ist ohne Tun des Volks zustande gekommen“ (Marx 1974, S. 264).

Ein zentrales Verdienst feministischer Interventionen in die politische Theorie besteht darin, das Zusammenwirken von Geschlecht, der Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit und der damit einhergehenden Entpolitisierung von jenen Tätigkeiten und Zuständigkeitsbereichen, die in modernen, westlichen Gesellschaften als ‚weiblich‘ konnotiert gelten, aufgezeigt zu haben (Hausen 1992; Lang 1995; Sauer 2001). Statt die Dichotomie von öffentlich und privat als naturgegeben anzunehmen, gilt sie in der feministischen Theorie vielmehr als „Organisations- und Wahrnehmungsmuster von Realität, von Politik und Gesellschaft“ (Sauer 1997, S. 37). Insbesondere das „liberale Trennungsdiskursiv“ (Sauer 2001, S. 184), das Tätigkeiten wie Pflege- und Sorgearbeiten als private Tätigkeiten definiert, führt(e) dazu, dass die gesellschaftliche Organisation von Reproduktion aus dem Bereich des Politischen ausgespart bleiben. Darüber hinaus wird diese Entpolitisierung von Konflikten um die Sorgearbeit auch möglich, da diese mit einer gesellschaftlichen Ordnung und mit alltäglichen Erfahrungen in den Lebensverhältnissen der Subjekte korreliert, die die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung als naturgegebenen Effekt von Weiblichkeits- und Männlichkeitskonstruktionen annimmt. Diese vergeschlechtlichte Privatisierung der Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der sozialen Lebensbedingungen der Staatsbürger_innen führt dazu, dass auch Konflikte über vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und mithin um die gesellschaftliche Verteilung von Reproduktions- und Sorgearbeit aus dem, was als demokratisch verhandelbar gilt, ausgespart bleiben.

Auch diese Entpolitisierung gesellschaftlich notwendiger Reproduktion qua Vergeschlechtlichung zeigt sich deutlich in der fordistischen Demokratie: Nicht nur waren Frauen weitgehend nicht als partizipierende politische Subjekte gemeint; konsequenterweise war auch die Politisierung jener Lebensbereiche und Aufgaben, die Frauen in der Privatform Familie übernahmen, nicht Teil demokratischer Aushandlungsprozesse. Vielmehr baute gerade der fordistische Wohlfahrtsstaat darauf auf, dass Reproduktionstätigkeiten privat erbracht wurden und dem Politischen entzogen blieben. Der fordistische Klassenkompromiss beruhte auf ökonomischen Geschlechterungleichheiten und Abhängigkeiten und auf dem weitgehenden Ausschluss von Frauen aus der Sphäre der institutionalisierten Politik. Wenn Crouch schreibt, dass die fordistische Demokratie ein an politischer und ökonomischer Gleichheit orientiertes Projekt darstellte (Crouch 2008, S. 15), so weist auch dieses Projekt Ausschlüsse und Begrenzungen auf: sowohl in der Definition dessen, was als politisch galt, als auch bezüglich des Terrains, auf dem überhaupt um politische und ökonomische ‚Gleichheit‘ gerungen wurde.

3.4 Zwischenfazit: Die demokratische Entpolitisierung des Sozialen

Die dargelegten Kritikpunkte zeigen, dass erst die Abstraktion von sozialen Lebensverhältnissen und von der Organisation gesellschaftlicher Reproduktion das Phantasma des politischen Subjekts als autonomes Individuum und des Demos als Einheit ermöglicht. Daraus folgt erstens, dass auch jeder demokratische Konsens

auf Ausschlüssen von Personengruppen, Lebensweisen ebenso wie Themen, die als demokratisch verhandelbar gelten, beruht. Diese Ausschlüsse sind, wie ich aus einer feministischen Perspektive dargelegt habe, nicht nur politische, sondern immer auch zugleich soziale, da sie mit sozialen Ungleichheiten und mit einer vergeschlechtlichten Arbeitsteilung korrelieren, die durch eine machtvolle Grenzziehung zwischen dem, was als öffentlich und dem, was als privat gilt, ebenso wie durch die Naturalisierung von Weiblichkeits- und Männlichkeitskonstruktionen unsichtbar gemacht werden. Zweitens folgt aus den dargelegten Kritiken, dass in Gesellschaften, die auf Ungleichheitsverhältnissen basieren, politische Repräsentation die herrschaftlichen Setzungen ebenso wie die Abstraktion von sozialen Lebensverhältnissen reproduziert und verfestigt. Eine feministische, postkoloniale Perspektive führt vor, dass die Identität zwischen Regierenden und Regierten und die Repräsentation des Ganzen, des Demos als Einheit, zum einen nur über Abstraktion und Ausschlüsse gelingen kann, die aber nicht sichtbar sind, da die repräsentierende Gruppe vorgibt, die Gesamtheit zu repräsentieren. Zum anderen basieren „hegemoniale Repräsentationstechniken“ auf einer „binären Identitätslogik“ des Ein- und Ausschlusses (Gutierrez Rodriguez 2003, S. 26-27) Die Repräsentation einer Identität setzt die Konstruktion eines ‚Anderen‘ voraus, das aus der Identität ausgeschlossen ist. Erst auf diese Weise wird „der Fetisch der Einmütigkeit, [...] der Wille zur Einheit [und] die unablässige wiederkehrende Zielsetzung einer Ununterschiedenheit von Volk und [seinen] Repräsentanten“ (Gauchet 1990, S. 145) möglich. Wer Teil des repräsentierbaren Demos, und wer als das ‚Andere‘ ausgeschlossen wird, ist historisch und nicht zuletzt durch soziale Kämpfe wandelbar. Während beispielsweise der explizite Ausschluss von Frauen aus dem zu repräsentierenden Teil des Demos durch Frauenbewegungen skandalisiert und aufgehoben werden konnte, sind es heute insbesondere Migrant_innen, die als nicht zum Demos zugehörig gelten. Repräsentation ist daher in modernen, westlichen Demokratien ein Modus, der soziale Ungleichheiten in eine politische Form bringt, ohne aber die Ungleichheiten selbst fundamental zu politisieren. Darüber hinaus ist Repräsentation an sich immer schon ein machtvoller Prozess, da der Zugang zur Repräsentation ebenso wie die Möglichkeit, Formen von Repräsentation mitzubestimmen, entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse ungleich verteilt sind. Marginalisierte Interessen und Stimmen bleiben daher oftmals aus Repräsentationspolitiken ausgeschlossen, was aber zugleich durch den Anspruch von Repräsentationspolitik, für alle, die repräsentiert werden, universell zu sprechen, unsichtbar bleibt.

Als Zwischenfazit kann mithin festgehalten werden, dass aus einer feministischen Perspektive auch jene Form der Demokratie, die der Postdemokratie vorangängig ist, in vielerlei Hinsicht zu problematisieren ist, da sie auf Ausschlüssen und autoritären Logiken beruht. Ebenso führt eine feministische Auseinandersetzung mit moderner, westlicher Demokratie vor, dass diese Ausschlüsse nicht nur politischer Natur sind, sondern mit sozialen Ungleichheiten nicht nur einhergehen, sondern diese durch liberale Demokratien gerade auch entpolitisiert werden. Vor diesem Hintergrund des eher düsteren Blicks auf jenes Verständnis von Demokratie, das die Geschichte westlicher Gesellschaften bislang geprägt hat, sind auch Crouchs Rückbezüge auf das ‚goldene Zeitalter‘ der Demokratie vor

der Postdemokratie Ausdruck eines androzentrischen Blicks. In Crouchs Annahme eines Verfalls der Demokratie zeigt sich eine Geschlechtsblindheit, die ihm nicht zuletzt die Sicht auf den Zusammenhang von sozialer und formaler Demokratie verstellt. Da aus einer feministischen Perspektive real existierende Demokratie bislang noch nie ‚golden‘ war, kann auch der von Crouch postulierte Befund eines Niedergangs der Demokratie nicht geteilt werden. Vielmehr zeigen sich in der gegenwärtigen Postdemokratie Paradoxe, Begrenzungen und macht- und herrschaftsvolle Prämissen in veränderter Weise. Im Folgenden möchte ich daher Crouchs Ausführungen zur Postdemokratie als Gegenwartsdiagnose lesen, ohne seine These des Verfalls zu teilen, und vor diesem Hintergrund diskutieren, wie sich soziale, vergeschlechtlichte Ungleichheit und Ausschlüsse in der ‚Postdemokratie‘ manifestieren und wo daher auch Crouchs Ansatz erweitert werden muss. Dazu möchte ich die drei eben dargelegten Begrenzungen wieder aufgreifen und der Frage nachgehen, welche Veränderungen sich in den hegemonialen Konstruktionen des politischen Subjekts, des Demos und des demokratisch Verhandelbaren in der Postdemokratie aus feministischer Sicht beobachten lassen.

4. Feministische Perspektiven auf Postdemokratie

4.1 Politische Subjekte in der Postdemokratie

Crouch beschreibt den Prototyp des politischen Subjekts der Postdemokratie als Expert_innen und Lobbyist_innen, woraus er folgert: „Die Klasse, die ohnehin die Ökonomie beherrscht, dominiert nun auch den politischen Bereich“ (Crouch 2008, S. 60). Nicht nur verschafft Postdemokratie ökonomischen Eliten in neuer Form politische Macht, darüber hinaus, so Crouch, wird auch das Modell des Unternehmens zum Idealtyp für Politik: Politische Entscheidungen werden immer mehr nach der Maßgabe ökonomischer Effizienz getroffen. Ich begreife diese Entwicklung als eingebettet in jene Veränderungen, die Michel Foucault als Herausbildung einer neoliberalen Gouvernamentalität (Foucault 2004, S. 300 ff.) interpretiert hat. Demnach ist die neoliberale Gouvernamentalität durch eine Ökonomisierung des Sozialen gekennzeichnet, der zufolge die Logik des Marktes auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgeweitet wird (Foucault 2004, S. 334 ff.). Der Markt wird zum Organisationsprinzip für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen. Folglich muss auch der Staat die Legitimität seines Handelns nach ökonomischen Kriterien ausrichten: Der Markt wird „eine Art von ständigem ökonomischen Tribunal gegenüber der Regierung“ (Foucault 2004, S. 342). Parallel dazu setzt sich mit der neoliberalen Gouvernamentalität die Figur des unternehmerischen Selbst durch, über die die Subjekte regiert werden. Die Subjekte sollen demnach ihr Verhalten sich selbst sowie ihrer Umwelt gegenüber nach unternehmerischen Kalkülen abstimmen (vgl. Foucault 2004, S. 300 ff.). Das Modell des ‚Unternehmers‘ wird zum „Modell der Existenz selbst, eine Form der Beziehung des Individuums zu sich selbst, zur Zeit, zu seiner Umgebung, zur Zukunft, zur Gruppe, zur Familie“ (Foucault 2004, S. 334). Vor diesem Hintergrund ist die Vormachtstellung, die Crouch den Experten und Lobbyisten in der Postdemokratie zuschreibt, Ausdruck einer generellen Veränderung des politischen

Subjekts: Dieses gilt zwar auch in der Postdemokratie als freies, autonomes und souveränes, allerdings wird – aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive – die Freiheit des Subjekts nicht mehr als naturgegebene, sondern als unternehmerische Freiheit gefasst (Foucault 2004, S. 333 ff.). Das politische Subjekt der Postdemokratie soll sein politisches Handeln an ökonomischen Parametern ausrichten – dies trifft auf Expert_innen und Lobbyist_innen ebenso zu wie auf Wähler_innen, die zunehmend, auch das findet sich bei Crouch, zu Konsument_innen von politischen Entscheidungen werden.

Dieser Veränderungen des politischen Subjekts haben freilich geschlechterpolitische Konsequenzen: Die Ökonomisierung des politischen Subjekts und der Umstand, dass Expert_innen und Lobbyist_innen immer mehr Einfluss auf politische Entscheidungen erlangen, bedeutet einen geschlechterpolitischen Rückschritt, da Politik, die von Expert_innen und Lobbyist_innen in informellen Netzwerken und intransparenten Gremien betrieben wird, nach wie vor auf männerbündischen Logiken aufbaut und damit Geschlecht ein klarer *Gatekeeper* für diese Form des politischen Subjekts ist (Sauer 2009, S. 114; Scheele 2011, S. 17). Besonders deutlich zeigen sich die dem politischen Subjekt der Postdemokratie inhärenten geschlechtlichen Ausschlüsse in der aktuellen Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise auf nationaler und supranationaler Ebene, wie dies Elisabeth Klatzer und Christa Schlager in ihrer feministischen Analyse der europäischen Krisenbewältigungspolitik herausgearbeitet haben. Auch hier findet sich die von Crouch beschriebene zunehmende Bedeutung von Expert_innen – „[e]in hohes Maß an Übertragung heikler wirtschafts- und budgetpolitischer Entscheidungen an demokratisch nicht legitimierte kleine elitäre Gruppen innerhalb der Bürokratie mit erheblichem Machtzuwachs der Finanzbürokratie in Kommission und Mitgliedsstaaten“ – und parallel dazu die „Schaffung und Verstärkung intransparenter Prozesse ohne Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme oder Kontrolle“ (Klatzer u. Schlager 2012, S. 27). Aus geschlechterpolitischer Perspektive lassen sich diese Veränderungen mithin als Remaskulinisierung des politischen Subjekts begreifen. Ähnlich stellt Alexandra Scheele für die Krisenbewältigung in der Bundesrepublik Deutschland heraus, dass auch hier die politischen Entscheidungsträger vor allem Männer sind und die Bedeutungszunahme von Expert_innen und Lobbyist_innen nicht zuletzt durch die Informalisierung des Zugangs zu diesen Netzwerken dazu führt, dass Frauen wieder mehr aus der Gruppe der politischen Subjekte ausgeschlossen werden (Scheele 2011, S. 17).

Ein feministischer Blick auf die politischen Subjekte der Postdemokratie erweitert somit Crouchs Kritik und macht sichtbar, dass der Bedeutungszuwachs ökonomischer Eliten für die Ausgestaltung von Politik als maskulinistisches Projekt zu deuten ist. Allerdings zeigt eine feministische Perspektive nicht nur auf, dass diese Veränderungen der politischen Subjekte in der Postdemokratie auf verstärkten Ausschlüssen von Frauen beruht, sondern führt vielmehr auch den *vergeschlechtlichten Subtext* des politischen Subjekts der Postdemokratie vor. Der Umstand, dass sich der homo oeconomicus zur Leitfigur des politischen Subjekts in der Postdemokratie entwickeln konnte, kann insofern als neoliberale Fortsetzung des Phantasmas des politischen Subjekts als autonomes, souveränes, beziehungsloses, rationales Individuum gedacht werden, da politische Entscheidungen ledig-

lich gemäß ökonomischer Kriterien getroffen und dabei von sozialen Beziehungen, Abhängigkeiten und Bedürfnissen abstrahiert wird. Die Konkurrenz- und Effizienzlogik blendet aus, dass das Leben und damit politische Gemeinschaften auch soziale Beziehungen brauchen, die nicht in ökonomischen Logiken vermessen werden können. Auch das postdemokratische Subjekt orientiert sich somit an dem Ideal des weißen, maskulinen, gesunden Subjekts – und baut zugleich auf den Ausschlüssen all jener Lebenserfahrungen auf, die nicht in diesem Phantasma aufgehoben sind; auch das politische Subjekt der Postdemokratie basiert daher auf einer Abstraktion von sozialen Beziehungen und Lebenserfahrungen, die eben nicht nur nach rationalen, ökonomischen Kriterien bemessen werden können, und verallgemeinert zugleich die (weiße, maskuline, ability-zentrierte) Annahme, dass politische Subjekte autonom und souverän seien. Die politische Marginalisierung von anderen Subjekten und Lebensweisen wird dabei perpetuiert (Sauer 2009, S. 107).

4.2 Der Demos in der Postdemokratie

Trotz Technokratisierung und Bürokratisierung demokratischer Verfahren und trotz Ökonomisierung der politischen Subjekte wird auch in der Postdemokratie an dem Ideal festgehalten, dass Demokratie auf einem Demos beruhen soll, der eine Einheit darstellt, die es zu repräsentieren gälte: Denn parallel zu den entdemokratisierenden Veränderungen sind in der Postdemokratie „die demokratischen Institutionen formal weiterhin intakt“ und werden „heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut“ (Crouch 2008, S. 13). Damit skizziert Crouch ein Spannungsfeld: Während einerseits weiterhin der Demos als eine gemeinschaftliche Einheit konzipiert wird (die nicht zuletzt in politischen Rhetoriken ja auch explizit angerufen wird), lassen sich in der Postdemokratie zwei Dynamiken ausmachen, die dies verunmöglichen. Auf der politischen Ebene wird die Vorstellung des Demos als Einheit durch die zunehmende Bedeutung ökonomischer Eliten unterminiert. Diese machen offensichtlich, dass der Demos eben keine Einheit ist, sondern aus Gruppen mit jeweils partikularen Interessen besteht, deren Interessen sich durchaus widersprüchlich zueinander verhalten. Die Interessen von Lobbyisten stehen gegen die Interessen derer, die nicht Teil der ökonomisch Privilegierten sind. Auf der sozialen Ebene wird die Vorstellung eines Demos als Einheit durch die sich im Kontext der Postdemokratie verschärfenden sozialen Ungleichheiten konterkariert, die Crouch ebenso beschreibt (Crouch 2008, S. 71 ff.). Dieses Spannungsfeld ist freilich nicht neu, sondern, wie ich weiter oben aufgezeigt habe, modernen westlichen Demokratien inhärent, spitzt sich aber in der Postdemokratie weiter zu. Aus feministischer Perspektive möchte ich nachfolgend drei Formen des postdemokratischen Umgangs mit diesem Spannungsfeld identifizieren.

Erstens ist paradoxer Weise die zunehmende Inklusion auf der Ebene formaler Demokratie ein Modus, um auch in der Postdemokratie an dem Phantasma des Demos als Einheit festzuhalten und zugleich die diesem inhärenten Ungleichheiten aus der Sphäre des Politischen auszuschließen: Denn gerade der Umstand, dass sich Postdemokratie auch dadurch auszeichnet, dass auf einer formalen Ebene Politik zunehmend inklusiver wird, erlaubt eine Gleichheitsrhetorik, die das Phan-

tasma, dass alle dem Demos Angehörigen auch tatsächlich repräsentiert werden, belebt. Diese zunehmende Inklusion zeigt sich besonders deutlich in der politischen Repräsentation von Frauen in den letzten Jahrzehnten, die durch Quotenregelungen und gleichstellungspolitische Instrumente wie Gender Mainstreaming entscheidend vorangetrieben wurde. Parallel zu diesen Inklusionsbewegungen jedoch bleiben Frauen auch gegenwärtig weiterhin im Bereich der Ökonomie – und damit in dem Feld der entscheidungsmächtigen Expert_innen und Lobbyist_innen der Postdemokratie – weitgehend marginalisiert. Diese Ausschlüsse können jedoch entpolitisiert bleiben, da sie nicht der Sphäre des Politischen, sondern eben der Sphäre der Ökonomie zugerechnet werden, in der Wettbewerbs- und Effizienzkriterien gelten und keine Rücksicht auf ungleiche Ausgangschancen genommen wird. Damit wurden Frauen also genau in jenen Bereich inkludiert, der in der Postdemokratie an Bedeutung verliert, während die Zugänge zu jenen Feldern, aus denen die Lobbyist_innen und Expert_innen lukriert werden, auch aus Geschlechterperspektive undemokratisiert bleiben. So sind Frauen zwar in Parteien und Parlamenten präsent(er), zugleich bleiben sie aber im Bereich der Ökonomie weiterhin weitgehend einflusslos. Auf diese Weise kann jedoch auf einer rhetorischen Ebene der Demos der Postdemokratie als inklusive Einheit gelten, während zugleich weiterhin Ungleichheiten den Demos durchziehen, die entpolitisiert bleiben: Denn auf formaler Ebene *ist* der Demos in der Postdemokratie tatsächlich inklusiver geworden, auf substantieller Ebene jedoch bleibt dieser auch weiterhin durch Geschlechter- und Klassenwidersprüche eben keine Einheit. Paradoxerweise lässt sich somit mit Birgit Sauer Crouchs Überlegungen zuspitzen: Die Inklusion von „Frauen und von Gleichstellungspolitik demokratisierte westliche Demokratien nicht unbeding, sondern wurde Teil eines generellen Entdemokratisierungsprozesses“ (Sauer 2011, S. 126).

Zweitens wird dem Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, den Demos als Einheit zu sehen, und dem zunehmenden Brüchiger-Werden des Demos auch mittels *expliziter* Ausschlüsse begegnet. Dies zeigt sich insbesondere am Ausschluss von Personengruppen durch nationalstaatliche Grenzziehungen, die damit einhergehende Illegalisierung von Menschen und dem Ausschluss aus dem Demos über rassistische Einbürgerungspolitiken. Die Verschärfungen des Migrationsregimes sind Teil der Postdemokratie und sollten Crouchs Beobachtungen ergänzen, denn diese Ausschlüsse dienen ebenso dazu, den Demos als ‚Einheit‘ zu konstruieren. Feministische Arbeiten zu den gegenwärtigen Umbauprozessen des Staates hin zu einem ‚Sicherheitsregime‘ haben darüber hinaus aufgezeigt, dass diese auch als Ausdruck einer Remaskulinisierung des Staates interpretiert werden können. Denn hier wird insofern eine patriarchale Logik (re-)aktiviert, als das Sicherheitsregime auf dem Versprechen aufbaut, über die Bekämpfung und den Ausschluss derer, die als ‚bedrohliches Außen‘ gelten, jenen, die als ‚Innen des Demos‘ gelten, Schutz zum Preis der Unterwerfung unter die Parameter des Sicherheitsregimes zu gewähren (Young 2003, S. 3; Kreisky 2008).

Drittens wird die Divergenz zwischen dem postulierten Ideal des Demos als Einheit und der Faktizität durch verstärkte nationalistische Rhetoriken und Politiken politisch ‚bearbeitet‘. Wenngleich Crouch immer wieder vor nationalistischen und rechten Politiken warnt, geht er der Frage nach dem Zusammenhang

von erstarkenden Nationalismen und Postdemokratie nicht nach. Demgegenüber möchte ich argumentieren, dass auch die nationalistische Grenzziehung zwischen einem imaginierten demokratischen ‚Eigenen‘ und einem nicht-demokratischen ‚Außen‘ Teil des postdemokratischen Sicherheitsregimes ist, mit dem versucht wird, den Demos als Einheit auf imaginierter Ebene herzustellen. In dieser Grenzziehung stellt in der Postdemokratie westlicher Provenienz insbesondere die Konstruktion des ‚islamischen Anderen‘ ein zentrales diskursives Moment dar. Eine entscheidende Argumentationsfigur dieser diskursiven Grenzziehung zwischen einem demokratischen ‚uns‘ und einem nicht- oder noch-nicht-demokratischen ‚Anderen‘ stellt die Frage der Sicherung von Frauenrechten dar. So wird beispielsweise die ‚mangelnde Gleichberechtigung der Geschlechter‘ als eine Begründung angeführt, warum die Türkei im Vergleich zur Europäischen Union weniger demokratisch sei, was wiederum als ein Grund gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei angeführt wird. Eine ähnliche diskursive Funktion erlangten ‚Frauenrechte‘ für die Unterscheidung eines ‚demokratischen Westens‘ und eines ‚nicht-demokratischen arabischen Raums‘ in der Rhetorik anlässlich der Invasion der USA im Irak und Afghanistan.

Durch die hier skizzierten Mechanismen werden Spaltungen innerhalb des Demos versucht unsichtbar zu machen, sodass auch in der Postdemokratie der Demos als imaginierte Einheit dienen kann. Auch Postdemokratie braucht Mechanismen, um die Widersprüche innerhalb des Demos zu entpolitisieren, da auch postdemokratische Gesellschaften trotz Verengung des politischen Feldes auf der Imagination eines gemeinschaftlichen Demos beruhen.

4.3 Das Politische in der Postdemokratie

Postdemokratie bedeutet schließlich eine Fortschreibung der konstitutiven Einengung dessen, was überhaupt als demokratisch verhandelbar gilt. Crouch zeigt, dass Postdemokratie sich sowohl durch die wachsende Bedeutung von Expert_innen und Lobbyist_innen und die schwindenden Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger_innen etwa in Betrieben, Universitäten usw. als auch durch eine Entpolitisierung des Sozialen auszeichnet. Hier bezieht er sich vor allem auf die sinkende Bedeutung der Gewerkschaften und die Veränderungen der Klassen (Crouch 2008, S. 71 ff.). Beides sowie parallel dazu das Vordringen ökonomischer Eliten in die Politik führt nach Crouch dazu, dass ökonomische Ungleichheiten nicht mehr Teil postdemokratischer Politik sind. Wenngleich ich diese Diagnose weitgehend teile, möchte ich Crouchs Ausführungen in zweierlei Hinsicht ergänzen: Erstens werde ich im Folgenden argumentieren, dass diese Entpolitisierung nicht nur durch die Veränderung politischer Akteure erklärt werden kann; vielmehr ist sie Teil umfassender Transformationsprozesse des Staates. Zweitens möchte ich daran anschließend aufzeigen, dass Crouch auch seine Überlegungen zur Entpolitisierung des Sozialen aus einer androzentrischen Perspektive unternimmt, sodass bei ihm die Entpolitisierung der sozialen Reproduktion aus dem Blick gerät.

Wird die Diagnose der Postdemokratie mit den Transformationsprozessen von Staatlichkeit in Verbindung gebracht, dann lassen sich die postdemokratischen Verengungen des Politischen und mithin die Entpolitisierung geschlechtlicher so-

zialer Ungleichheiten auf einer strukturellen Ebene erfassen. Diese Transformationsprozesse zeigen sich in Deutschland seit der Krise des Fordismus Ende der 1970er Jahre in massiven Reprivatisierungen von gesellschaftlichen Aufgaben wie etwa Pensionsvorsorgen und Gesundheitsversicherungen, die vormals staatlich abgesichert wurden und nun als ineffizient gelten. Als Konsequenz werden gesellschaftliche Risiken ebenso wie gesellschaftliche Reproduktionsarbeit zunehmend privatisiert. Diese Privatisierungen führen notwendiger Weise zu einer Verengung des Politischen. Das, was demokratisch verhandelt werden soll, muss sich am „ständige[n] ökonomischen Tribunal“ messen lassen (Foucault 2004, S. 342).

Dieses ‚Outsourcing‘ des postdemokratischen Staates wird – und hier zeigt sich, dass Crouchs Diagnose einer Entpolitisierung des Sozialen zu kurz greift, wenn diese nicht auch damit die Entpolitisierung der Organisation der sozialen Reproduktion meint – durch Geschlechterarrangements aufgefangen: Da sich trotz „rhetorischer Modernisierung“ (Wetterer 2003) der Geschlechterverhältnisse in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wenig verändert hat, werden die ausgelagerten Reproduktionsnotwendigkeiten vor allem von Frauen übernommen. Trotz kontinuierlichem Anstieg der Erwerbstätigkeitsquote von Frauen sowie der stetigen Angleichung der Ausbildungsniveaus und Qualifikationen von Frauen und Männern seit den 1970er-Jahren in Deutschland lässt sich an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung insgesamt wenig Veränderung nachweisen. Zuschreibungen wie Emotionalität und Fürsorge gelten weiterhin als ‚weibliche Eigenschaften‘ und Pflege- und Sorgearbeit wird nach wie vor zumeist von Frauen übernommen. Was sich verändert hat, ist mithin nicht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – und damit einhergehende Ungleichheit –, sondern die innergeschlechtliche Arbeitsteilung, da vermehrt Pflege- und Sorgearbeit von migrantischen Frauen übernommen wird. Der Grundwiderspruch, dass die Reproduktion der Gesellschaft notwendig, zugleich aber über staatliche Regulierungen in privater Form geregelt ist, bleibt weiterhin bestehen. Damit werden die bestehenden sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Migrant_innen und Nicht-Migrant_innen nicht nur fortgeschrieben, sondern gerade durch die Privatisierung dem Politischen entzogen.

Diese Entpolitisierung sozialer Ungleichheit in den Geschlechterverhältnissen korreliert auch damit, dass sich Postdemokratie und die neoliberale Architektur des Staates zwar durch die Inklusion feministische Forderungen auf formalrechtlicher, politischer Ebene auszeichnet, *feministische Gesellschaftskritik* respektive die Forderung, Gesellschaft auch substantiell – sprich: die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit und die gesellschaftliche Arbeitsteilung – zu verändern, allerdings nicht *inkludiert* wurden. Die Inklusion von Frauen auf formalrechtlicher Ebene und auf der Ebene politischer Repräsentation ging vielmehr einher mit einem Ausschluss jener frauenbewegten und feministischen Forderungen nach einer radikalen Gesellschaftsveränderung, die Geschlechterungleichheiten auch auf ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene aufzuheben trachteten. Auf diese Weise bleiben aber trotz Gender Mainstreaming und Geschlechterquoten in Parlamenten gesellschaftliche Ungleichheiten bestehen, die – auch weiterhin – entpolitisiert bleiben. Gerade die Zähmung feministischer Forderungen qua Inklusion bei gleichzeitigem Ausschluss jener Forderungen, die die Organisation von gesell-

schaftlicher Produktion und Reproduktion zum Ziel hatten, ist wiederum Voraussetzung dafür, dass auch in der Postdemokratie das Soziale aus dem Bereich des Politischen ausgeschlossen werden kann.

Auch die Transformationsprozesse von Staatlichkeit und die damit einhergehenden Privatisierungen spitzen sich in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu. Die Verengung des Demokratischen durch den Ausschluss von Fragen sozialer Reproduktion zeigt sich deutlich im aktuellen politischen Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der androzentrische Subtext aktueller Krisenbewältigungspolitiken „lässt sich als geschlechterpolitischer Konservatismus bezeichnen, der darauf zielt, das ohnehin in Erosion befindliche fordistische Genderregime und insbesondere die männliche Ernährerrolle nicht weiter zu gefährden, sondern in seiner modernisierten Form (Mann: Vollzeit/Hauptverdiener, Frau: Teilzeit/Zuverdienerin) zu erhalten“ (Scheele 2011, S. 18). Auf diese Weise werden die geschlechtliche Arbeitsteilung, die damit einhergehende soziale Ungleichheit der Geschlechter *und* der Ausschluss der sozialen Reproduktion aus dem Politischen durch dessen Ökonomisierung fortgeschrieben. Ebenso halten Klatzer und Schlager fest:

„Die explizite Ausrichtung am Ziel der Geldwertstabilität (Deflationsbias), die implizite Ausrichtung am Männlichen-Ernährer-Modell (Patriarchatsbias) sowie die Annahme einer grundsätzlichen Überlegenheit von marktbasierter Lösungen (Bias der Vermarktlichung) [...] konstruieren gesellschaftliche Schieflagen, die zur Zurückdrängung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Lohndruck/Prekarisierung am Arbeitsmarkt führen, von denen Frauen vielfach stärker betroffen sind“ (Klatzer u. Schlager 2012, S. 29).

Dieser Abbau von staatlichen Leistungen setzt wiederum voraus, dass jene Tätigkeiten, die aufgrund staatlicher Sparprogramme gekürzt werden, durch private Geschlechterarrangements aufgefangen werden. Die Krisenbewältigungspolitiken basieren somit auf der Annahme, dass insbesondere Frauen den Ausfall öffentlicher Dienstleistungen kompensieren und so durch die private Übernahme gesellschaftlich notwendiger Reproduktionstätigkeiten auch in Krisenzeiten weiterhin für gesellschaftliche Nachhaltigkeit und Stabilität sorgen werden. Die Privatisierung der sozialen Reproduktion, die dazu führt, dass insbesondere Frauen diese gesellschaftlich notwendigen Aufgaben unentlohnt oder schlecht entlohnt übernehmen, führt demnach zu einer Reduktion des Radius des Demokratischen.

4.4 Zwischenfazit

Aus einer feministischen Perspektive kann sichtbar gemacht werden, dass die Entpolitisierungen des Sozialen, die Crouch für die Postdemokratie konstatiert, weitaus tiefer geht, als er dies darlegt. Diese zeigen sich erstens in der Ausblendung sozialer Bedürfnisse bzw. der Frage, wie diese gesamtgesellschaftlich organisiert werden, zweitens im Ideal des rationalen homo oeconomicus als politisches Subjekt der Postdemokratie und drittens in der Konstruktion eines postdemokratischen Demos, der auf Ausschlüssen und sozialen Ungleichheiten basiert, die aber zugleich im Phantasma eines Demos als nationaler Einheit unsichtbar bleiben.

Postdemokratie ist mithin durch eine Verengung des Politischen gekennzeichnet, die ich zugleich als Ausdruck von Veränderungen von Staatlichkeit interpretiere, die gemäß einer neoliberalen Gouvernamentalität zur verstärkten Reprivatisierung von gesellschaftlichen Reproduktionstätigkeiten führt. Diese Facetten der Ökonomisierung von Demokratie führen zur Remaskulinisierung des Politischen und einer Fortschreibung des androzentrischen Gehalts dessen, was als demokratisch verhandelbar gilt. Das Spannungsfeld zwischen den politischen Idealen von Einheit, Konsens, Repräsentation und den sozialen Gegebenheiten von vergeschlechtlicher Arbeitsteilung und vergeschlechtlicher Grenzziehung zwischen öffentlich-privat kann auch in der Postdemokratie nur mittels Entpolitisierung dieser sozialen Gegebenheiten gelöst werden.

5. Demokratisierung der Postdemokratie revisited

Aus dem bislang entwickelten Gang der Argumentation folgt, dass ein möglicher Weg einer Re-Demokratisierung sich nicht auf eine Veränderung von Verfahren oder Akteur_innen beschränken kann, sondern dass Demokratie nur demokratisch werden kann, wenn die Fundamente jenes Demokratieverständnisses, das in der Postdemokratie seine strukturellen Begrenzungen offenbart, in Frage gestellt werden und Demokratie radikal neu gedacht wird.

“It cannot be said often enough: liberal democracy, Euro-Atlantic modernity’s dominant form, is only one variant of the sharing of political power connoted by the venerable Greek term. [...] No compelling argument can be made that democracy inherently entails representation, constitutions, deliberation, participation, free market, rights, universality, or even equality. [...] In this regard, democracy is an unfinished principle – it specifies neither *what* powers must be shared among us for the people’s rule to be practiced, *how* this rule is to be organized, nor by *which* institutions or supplemental conditions it is enabled or secured” (Brown 2011, S. 45-46).

Demokratie als prinzipiell unabgeschlossenes Prinzip zu begreifen, macht deutlich, dass das, was die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt an einem bestimmten Ort die hegemoniale Vorstellung von Demokratie ist, niemals die einzige Form von Demokratie ist. Vielmehr stellt gerade ein feministischer Blick heraus, dass die gegenwärtig hegemoniale Konzeption von Demokratie Ausdruck und Effekt von Machtverhältnissen ist und daher notwendig auf Ausschlüssen und Begrenzungen beruht. Dies eröffnet einen Möglichkeitsraum für radikal andere Formen von Demokratie jenseits des begrenzten Rahmens des gegenwärtig Hegemonialen. Abschließend möchte ich einige Überlegungen für ein derartiges Neu-Denken oder Anders-Denken von Demokratie zur Diskussion stellen.

Erstens muss aus einer feministischen radikaldemokratischen Perspektive das politische Subjekt neu entworfen werden. An die Stelle des Phantasma des souveränen, autonomen, rationalen, beziehungslosen, entkörpernten weißen, maskulinen, gesunden Subjekts muss ein politisches Subjekt treten, das die Unmöglichkeit von Autonomie zum Ausgangspunkt für politisches Handeln nimmt. Anstatt im Namen des Ideals des autonomen Individuums von sozialen Lebenserfahrungen zu abstrahieren, gilt es, das politische Subjekt in der Anerkennung der Unmög-

lichkeit von Autonomie neu zu denken. Hierfür hat Judith Butler instruktive Überlegungen entwickelt, die ich im Folgenden mit dem Ziel ausführen möchte, aufzuzeigen, dass gerade eine Sichtweise auf Subjekte und deren Körper, die diese nicht als autonom setzt, zu einer Reformulierung des politischen Subjekts führt, die soziale Lebensverhältnisse nicht ausblendet, sondern an den Beginn des Nachdenkens über demokratisches Handeln stellt.

Statt des vergewissernden Rekurses auf naturgegebene Körper und Subjekte geht Butler in ihrem Vorschlag für eine Neukonzeption des Politischen von dem Prekären des Lebens und des Politischen selbst aus. Dabei begreift sie Prekär-Sein (Precariousness) als sozial-ontologische Bedingung von Leben, da das Prekär-Sein von Körpern und Leben eine existentielle Gemeinsamkeit aller Menschen darstellt, was Butler aus der fundamentalen *Sozialität* des leiblichen Lebens ableitet (Butler 2004a, S. 21; ähnlich Butler 2004, S. 20). Prekär-Sein ist eine geteilte sozial-ontologische Bedingung, da wir immer schon mit unserem Körper, Leben und Subjekt-, 'Sein' mit anderen Leben verwickelt sind. Dieses Prekär-Sein wird jedoch in dem Phantasma der Autonomie unsichtbar gemacht, indem fundamentale Abhängigkeiten geleugnet und verdrängt werden. Gerade hier knüpft Butler nun an: Es gilt, den Umstand, dass wir von Anbeginn unseres Lebens und durch dieses hindurch immer durch das Prekär-Sein des Lebens anderen ausgesetzt sind, für eine Reformulierung des politischen Subjekts ernst zu nehmen und konsequenterweise den Moment der *Relationalität* an die Stelle von Autonomie als begründend für das Politische zu setzen. Ein derartiges politisches Subjekt stellt die „Empfindung des Beschränktseins durch die eigenen Existenzbedingungen“ (Meißner 2010, S. 74) und das Eingeständnis der „Grenzen des Selbstverhältnisses“ (Meißner 2010, S. 74) an den Anfang. Diese Grenze wird nicht nur als Bedingung des Subjekts, sondern als Bedingung menschlicher Gemeinschaft überhaupt akzeptiert.

Zweitens kann aus der hier eingenommenen feministischen Perspektive der Demos nicht als Einheit konzipiert werden. Vielmehr muss die Heterogenität des Demos Grundlage des Politischen sein, anstatt das, was als ‚Anderes‘ gilt, auszuschließen oder zu inkludieren. Es gilt, im Politischen dem Umstand Rechnung zu tragen, dass unter gegenwärtigen Bedingungen zwar das Prekär-Sein eine sozial-ontologische Bedingung aller Menschen ist, diese jedoch in herrschaftsförmig organisierten Gesellschaften nicht für alle Subjekte des Demos gleich verteilt ist. Butler führt hierfür den Begriff der „precarity“ ein, den Isabell Lorey mit Prekariät (Lorey 2012, S. 31) übersetzt, um deutlich zu machen, dass in der gegenwärtigen politischen Ordnung Herrschafts- und Machtverhältnisse sich gerade in der unterschiedlichen Verteilung des Prekär-Seins manifestieren und diese bedingen. Die Prekarisierung von manchen Lebens- und ‚Seins‘-Weisen ist Effekt von herrschafts- und gewaltförmigen Zuschreibungen dessen, was als intelligibles Leben gilt (Butler 2009, S. 25; vgl. dazu auch Lorey 2010 und 2012): Manche Leben werden mehr geschützt, während diejenigen, die als ‚Andere‘ gelten, mehr dem Prekär-Sein ausgesetzt sind. Während das Ideal des Demos als Einheit den Blick auf diese Ungleichheiten verstellt und sie dem Bereich des Politischen entzieht, eröffnet die radikale Dekonstruktion von Körpern und Subjekt-, 'Sein' den Blick darauf, wie durch herrschafts- und machtförmige Politiken das Prekär-Sein unterschiedlich entlang von ‚race‘, Geschlecht, Sexualität, Klasse, ‚ability‘, etc. verteilt

ist. Die herrschaftliche Prekarisierung des Prekär-Seins aufzubrechen, wird daher zu einem entscheidenden politischen Anspruch (Lorey 2010, 2012). Konsequenterweise kann Demokratie, will sie demokratisch sein, nicht den Demos als Einheit voraussetzen – auf diese Weise würde der herrschaftliche Umgang mit dem Prekär-Sein bloß fortgeschrieben. Stattdessen gilt es, die herrschaftliche Prekarisierung des Prekär-Seins aufzubrechen und gerade die Ungleichheiten, die Un-Einheit des Demos als Ausgangspunkt für ein Neu-Denken von Demokratie heranzuziehen. Auf diese Weise werden soziale Lebensverhältnisse nicht aus der Konstruktion des politischen Subjekts ausgeschlossen, sondern stehen in deren Zentrum. Demokratie so gedacht, hat daher auch nicht eine einheitliche Selbstrepräsentation des Demos im Staat zum Ziel, sondern das Sichtbarmachen von Pluralität, Heterogenität, Widersprüchen in einem konflikthaften Modell von Politik. Ein derartiges Demokratieverständnis bricht freilich mit der Annahme, dass das Ziel von Demokratie gesellschaftlicher Konsens ist. Vielmehr geht es darum, politischen Dissens als Ziel von Demokratie zu setzen. Damit rückt die Ermöglichung von Konflikten, die in Gesellschaften, die auf Ungleichheiten beruhen, ohnehin gegeben sind, als Zweck des Politischen in den Mittelpunkt.

Damit einher geht drittens, dass eine notwendige Voraussetzung der Demokratisierung der gegebenen Demokratie darin besteht, das, was als demokratisch verhandelbar gilt, nicht mittels vergeschlechtlichter Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit zu verengen. Diese Grenzziehung muss ebenso wie soziale Ungleichheiten, vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und soziale Hierarchisierungen Teil des Politischen sein. Es gilt, das Politische auszuweiten und gesellschaftliche Ungleichheiten zum Gegenstand des Politischen zu machen und nicht im Namen einer identitären Einheit von dem auszuschließen, was als politisch verhandelbar gilt.

Diese Überlegungen einer anderen Form von Demokratie, die jene (vergeschlechtlichten) Ausschlüsse des Sozialen überwinden, müssen freilich nicht erst auf dem Papier der politischen Theorie erfunden werden. Denn wenngleich die ‚Postdemokratie‘ zwar zweifelsohne durch ‚Politikverdrossenheit‘, sinkende Wahlbeteiligung und steigende Parteiaustritte gekennzeichnet ist, lassen sich in der ‚Postdemokratie‘ auch neue Formen von demokratischer Politik finden. Crouch selbst befasst sich am Ende seiner Ausführungen mit politischen Bewegungen wie der globalisierungskritischen Bewegung und schlägt vor, hier nach neuen Potentialen für Demokratisierungsprozesse zu suchen (Crouch 2008, S. 148 ff.). Allerdings blickt Crouch auf diese Bewegungen mit der Fragestellung, was diese zur *Vitalisierung* der repräsentativen Demokratie beitragen können, nicht jedoch mit der Neugierde, inwieweit sich gerade in diesen politischen Praxen bereits *andere Formen gelebter Demokratie* finden, die versuchen, die konstitutiven Begrenzungen der repräsentativen Demokratie zu überkommen.

Anders als Crouch möchte ich die vorliegenden Überlegungen mit ebendieser Neugierde beschließen und ausblickend fragen, welche neuen Formen von Demokratie in gegenwärtigen politischen Bewegungen bereits versucht werden, zu *leben*: Hierfür möchte ich die Praxen von *Precarias a la deriva* heranziehen, einer Gruppe feministischer Aktivistinnen aus Madrid, deren politische Praxis als eine gelebte Form neuer, feministischer, radikaldemokratischer Momente interpretiert werden kann, die explizit die gesellschaftliche Organisation von Reproduktion als

Teil des Politischen begreifen (Precarias 2011; vgl. dazu auch Lorey 2012). Ähnlich wie Butler schlagen die Precarias a la deriva Formen des Politischen vor, die die grundlegende Angewiesenheit und Relationalität von Menschen nicht in dem Phantasma des autonomen Subjekts abwehren, sondern von dieser ausgehend eine ‚Logik der Sorge‘ als politische *und* soziale Logik entgegenstellen. In ihren Kämpfen gelten Kontingenz, Unabgeschlossenheit und Unberechenbarkeit nicht als Bedrohung, sondern als Ausgangspunkt für die Suche nach stets prekären „Gemeinbegriffen“ (Lorey 2012, S. 119), die neue politische Konstituierungen ermöglichen sollen. Die „Ambivalenz zwischen dem trennenden Geteilten [...] und der dadurch entstehenden Möglichkeit des Gemeinsamen in der Verschiedenheit“ (Lorey 2012, S. 128) wird hier ausgehalten. Die fundamentale Relationalität und das Prekär-Sein von Subjekten wird nicht abgewehrt, sondern zum Ausgangspunkt des Politischen genommen. Darüber hinaus stellen die Precarias a la deriva die Politisierung von Reproduktion ins Zentrum des Politischen und gehen davon aus, dass wir uns gegenwärtig in einer multidimensionalen Sorgekrise befinden (Precarias 2011, S. 80 ff.). Lorey hebt hervor, dass durch den Fokus der Sorge zum einen die Möglichkeit eröffnet wird, ein neues Verständnis von Sorge zu entwickeln und davon ausgehend politisch-ökonomische Fragen neu zu stellen; zum anderen ermöglicht der Fokus auf Sorge die Sichtbarmachung und Anerkennung der Relationalität mit anderen (Lorey 2012, S. 121). Hierfür entwickeln die Precarias a la deriva den Begriff der „Sorgegemeinschaft“ als Imagination für einen Demos, der weder auf dem Phantasma einer Einheit aufbaut, noch die Politisierung des Sozialen ausschließt. Die Sorgegemeinschaft nimmt die Anerkennung der Verletzlichkeit und „unsere[r] situierte[n], partielle[n] und unabgeschlossene[n] Verfasstheit innerhalb des Geflechts von Beziehungen, in denen wir leben“ (Precarias 2011, S. 74) zum Prisma, durch das ein neues Verständnis des Demos und des Politischen entwickelt werden kann, dass das Soziale als politisch be-greift.

Die von den Precarias a la deriva in politischen Praxen gelebten ebenso wie die hier skizzierten Vorschläge eines Neudenkens von Demokratie zielen darauf ab, die postdemokratische Entpolitisierung des Sozialen aufzubrechen, den Demos und die (Körper-)Subjekte als prekär zu fassen und durch die Betonung von Dissens statt Konsens und die Anerkennung der Unmöglichkeit einer umfassenden, demokratischen Repräsentation ein dynamisches Verständnis von Demokratie vorzuschlagen. Dieser Vorschlag ist diametral konträr zu den innerhalb der Politik und Politikwissenschaft gegenwärtig diskutierten Ansätzen konzipiert, die gerade versuchen, die Krise der Demokratie zu lösen, indem sie an den Idealen der Einheit, des Konsenses und der einheitlichen Selbstrepräsentation des Demos im Staat (auf nationaler und supranationaler Ebene) sowie auf der Entpolitisierung des Sozialen festhalten. Ein Demokratieverständnis, das es aus einer feministischen Perspektive zu entwickeln gilt, soll gerade die Begrenzungen des Politischen in der Postdemokratie als Ausgangspunkt des Politischen sichtbar machen, um Demokratie demokratisch werden zu lassen.

Literatur

- Appelt, Erna. 1999. *Geschlecht – Staatsbürgerschaft – Nation: politische Konstruktionen des Geschlechterverhältnisses in Europa*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Brown, Wendy. 1995. *States of Injury. Power and Freedom in Late Modernity*. Princeton: Princeton University Press.
- Brown, Wendy. 2005. *Edgework. Critical Essays on Knowledge and Politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Brown, Wendy. 2011. "We are all democrats now..." In *Democracy in what state?*, Hrsg. Giorgio Agamben, Alain Badiou, Daniel Bensaid, Wendy Brown, Jean-Luc Nancy und Jacques Rancière, 44-57. New York: Columbia University Press.
- Butler, Judith. 2004. *Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence*. London/New York: Verso.
- Butler, Judith. 2004a. *Undoing Gender*. New York: Routledge.
- Butler, Judith. 2009. *Frames of War. When is Life Grievable?* London/New York: Verso.
- Castro Varela, Maria do Mar, und Nikita Dhawan. 2004. Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention. In *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine anti-rassistische Politik und Politikwissenschaft*, Hrsg. Bettina Roß, 205-226. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dhaliwal, Amarपाल K. 1995. Can the Subaltern Vote? Radical democracy, Discourses of Representation, and Rights, and Questions of Race. In *Radical Democracy. Identity, Citizenship, and the State*, Hrsg. David Trend, 42-61. London: Routledge.
- Demirović, Alex. 1997. *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Eisenstein, Zillah. 1989. *The Female Body and the Law*. Berkeley: University of California Press.
- Ferguson, Michael. 2007. Sharing Without Knowing: Collective Identity in Feminist and Democratic Theory. *Hypatia* 22: 30-45
- Foucault, Michel. 2004. *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gauchet, Marcel. 1990. Tocqueville, Amerika und wir. Über die Entstehung der demokratischen Gesellschaften. In *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Hrsg. Ulrich Rödel, 123-206. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gerhard, Ute. 1990. Frauenwahlrecht in Deutschland: Bedeutungen, Meinungen, Folgen. In *Vater Staat und seine Frauen. Erster Band. Beiträge zur politischen Theorie*, Hrsg. Barbara Schaeffer-Hegel, 21-32. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Grewal, Interpal, und Caren Kaplan. 1994. Introduction: Transnational Feminist Practices and Questions of Postmodernity. In *Scattered Hegemonies: Postmodernity and Transnational Feminist Practices*, Hrsg. Interpal Grewal und Caren Kaplan, 1-33. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gutierrez Rodriguez, Encarnacion. 2003. Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik. In *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Hrsg. Hito Steyerl und Encarnacion Gutierrez Rodriguez, 17-37, Münster: Unrast Verlag.
- Hausen, Karin. 1992. Öffentlichkeit und Privatheit. Gesellschaftspolitische Konstruktionen und die Geschichte der Geschlechterbeziehungen. In *Frauengeschichte – Geschlechter-*

- geschichte*. Hrsg. Karin Hausen und Heide Wunder, 81-88, Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Jörke, Dirk 2011. Demokratie in neuen Räumen. Ein theoriegeschichtlicher Vergleich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 40: 7-20.
- Klatzer, Elisabeth, und Christa Schlager. 2012. Gender Dimensionen der neuen EU Governance. Maskuline Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten- und Risikoabwälzung. *Kurswechsel* 1/2012: 23-35.
- Kreisky, Eva 2008. Schwächelnde Männlichkeit und neue Kriege. In *Gewalt und Präzision. Krieg und Sicherheiten in Zeiten des War on Terror*, Hrsg. Doris Wallnöfer und Wolfgang Sützl, 137-163. Wien: turia + kant.
- Kreisky, Eva, und Marion Löffler. 2010. Demokratieentwicklung im Kontext gesellschaftlicher Paradigmen. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 39: 89-104.
- Lang, Sabine. 1995. Öffentlichkeit und Geschlechterverhältnisse. Überlegungen zur Politologie der öffentlichen Sphäre. In *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft*, Hrsg. Eva Kreisky und Birgit Sauer, 83-121, Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Lorey, Isabell. 2010. Gemeinsam Werden. Prekarisierung als politische Konstituierung. *grundrisse. zeitschrift für linke theorie und debatte* 35: 19-25.
- Lorey, Isabell. 2012. *Die Regierung der Prekären*. Wien: turia + kant.
- Marx, Karl. 1974. Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. *MEW Marx-Engels-Werke*, Bd. 1, 378-391. Berlin: Dietz-Verlag.
- Marx, Karl. 1990. Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus, in seinen verschiedenen Propheten. *MEW Marx-Engels-Werke*, Bd. 3, 13-580, Berlin: Dietz-Verlag.
- Meißner, Hanna. 2010. *Jenseits des autonomen Subjekts. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Handlungsfähigkeit im Anschluss an Butler, Foucault und Marx*. Bielefeld: transcript.
- Mouffe, Chantal. 1995. Radical Democracy or Liberal Democracy? In *Radical Democracy. Identity, Citizenship, and the State*, Hrsg. David Trend, 19-26, London: Routledge.
- Mouffe, Chantal 1997. Inklusion/Exklusion: Das Paradox der Demokratie. In *Inklusion : Exklusion. Probleme des Postkolonialismus und der globalen Migration*, Hrsg. Peter Weibel und Slavoj Žižek, 75-90. Wien: Passagen.
- Mouffe, Chantal. 2007. Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal. 2008. *Das demokratische Paradox*. Wien: turia + kant
- Pateman, Carole. 1988. *The Sexual Contract*. Cambridge: Polity Press.
- Pateman, Carole. 1988b. The Fraternal Social Contract. In *Civil Society and the State*, Hrsg. John Keane, 101-127. London: Verso.
- Poulantzas, Nicos. 2002. *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Precarias a la deriva. 2011. „Was ist dein Streik?“ *Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*. Wien: turia + kant.
- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques. 2008. *Zehn Thesen zur Politik*. Zürich: Diaphanes.

- Ritzi, Claudia, und Gary S. Schaal. 2010. Politische Führung in der „Postdemokratie“. *APuZ* 2-3/2010: 9-15.
- Sauer, Birgit. 1997. Die Magd der Industriegesellschaft. Anmerkungen zur Geschlechtsblindheit von Staatstheorien. In *Staat und Privatheit. Aktuelle Studien zu einem schwierigen Verhältnis*, Hrsg. Brigitte Kerchner und Gabriele Wilde, 29-53. Opladen: Leske und Budrich.
- Sauer, Birgit. 2001. *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Sauer, Birgit. 2009. Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie? In *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*, Hrsg. Gundula Ludwig, Birgit Sauer und Stefanie Wöhl, 105-118. Baden-Baden: Nomos.
- Sauer, Birgit. 2011. „Only paradoxes to offer?“ Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der „Postdemokratie“. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 40: 125-138.
- Scheele, Alexandra. 2011. Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik. *Widerspruch* 61: 13-20.
- Wilde, Gabriele. 2001. Geschlechterkonstruktionen. Individuum, Recht und politische Autonomie in Theorien zum Rechtsstaat. In *EU. Geschlecht. Staat*, Hrsg. Eva Kreisky, Sabine Lang und Birgit Sauer, 105-120. Wien: Universitätsverlag.
- Young, Iris Marion. 1993. Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgerstatus. In *Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik*, Hrsg. Herta Nagl-Docekal und Herlinde Pauer-Studer, 267-304. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Young, Iris Marion. 2003. The Logic of Masculinist Protection: Reflections on the Current Security State. *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 29: 1-25.

Autorinnenangaben:

Dr. Gundula Ludwig,
Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7/2, 1010 Wien,
Österreich,
gundula.ludwig@univie.ac.at